

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.35. Änderungsantrag: Landesantidiskriminierungsgesetz

Einreicher*innen: Sarah Buddeberg

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Einfügung in Z. 2961:

Nach *Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden.* wird eingefügt:

Wir befürworten daher ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das gegen alle Formen behördlicher Ungleichbehandlung in Sachsen wirkt. Wir stärken kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten und schützen betroffene Personen durch einklagbare Rechte.

Alternativ kann die Forderung auch nach Z. 3261 eingefügt werden.

Begründung:

George Floyd ist kein Einzelfall, und rassistische Diskriminierung ist nicht nur ein US-amerikanisches Thema. Auch in Deutschland erleben Menschen rassistische Diskriminierung, im Alltag, auf der Straße und auch durch Behörden. Nicht ohne Grund gab es auch in Sachsen große "Black Lives Matter"-Demonstrationen. Die Sprecher*innen auf den Demonstrationen vermittelten nur einen kleinen Eindruck davon, was nicht-weiße Menschen auch in Sachsen täglich erleben: von exotischen Zuschreibungen über böse Blicke, offene Bedrohungen und Gewalt, racial profiling bei Polizeikontrollen bis hin zu schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche.

Gerade bei behördlicher Diskriminierung fühlen sich Betroffene dem Gegenüber besonders hilflos ausgeliefert. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild sollen Rechtslücken im Diskriminierungsschutz im Bereich des behördlichen Handelns geschlossen werden.

Dabei sollen auch der soziale Status und die chronischen Erkrankungen einbezogen werden. Kollektive Rechtsschutzinstrumente wie ein Verbandsklagerecht oder eine Ombudsstelle können dazu beitragen, Betroffene in der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

Nicht zuletzt setzt ein Landesantidiskriminierungsgesetz ein wichtiges Signal gegen Ausgrenzungen und Stigmatisierung und für eine offene, solidarische und vielfältige Gesellschaft.

Entscheidung des Landesparteitages: